

Ratsreport – März 2026

CDU beendet Hängepartie beim Haushalt



Der Haushalt 2026 wurde mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen. Bild: Pixabay

Nach dem Scheitern der grün-roten Haushaltsmehrheit hat die CDU-Fraktion Verantwortung übernommen. In der Sondersitzung des Stadtrates am 9. Februar haben wir zusammen mit SPD und FDP den Haushalt für 2026 beschlossen. „Hierbei handelt es sich allerdings nicht um eine neue Ratsmehrheit, sondern um ein reines Zweckbündnis“, betont der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak: „Es geht allein darum, nach zweimonatiger Hängepartie den Schaden zu begrenzen, um endlich einen Haushalt für das laufende Jahr

aufzustellen.“ Zuvor konnte sich die ehemalige Ratsmehrheit aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD weder im Dezember noch im Januar auf eine gemeinsame Position einigen.

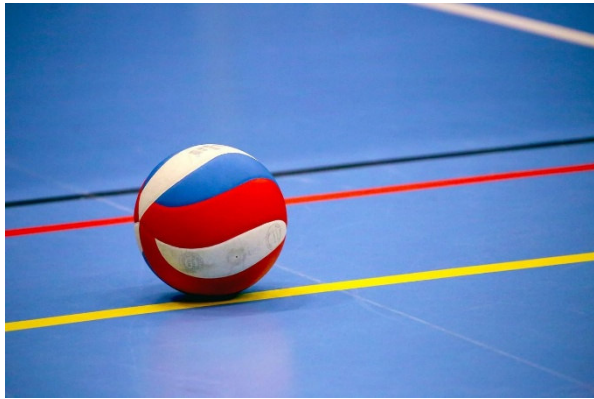
Wie sich herausstellte, lag das hauptsächlich an einer Kernforderung der Grünen. Ihre Zustimmung zum Haushalt wollte die Fraktion von einer Einwohnerbefragung zum geplanten und längst beschlossenen Stadionneubau abhängig machen. „Damit haben die Grünen den Haushalt für die anstehende Kommunalwahl instrumentalisiert, was einer politischen Erpressung gleichkommt“, kritisiert Baak: „Das ist auch mit uns nicht zu machen.“

Die Gespräche mit SPD und FDP verliefen hingegen konstruktiv und lösungsorientiert. „Wir legen zwar keinen reinen Sparhaushalt vor, dafür aber einen soliden Entwurf mit einer geringfügigen Entlastung im Ergebnishaushalt“, resümiert Baak: „Trotz einiger Kompromisse trägt der Haushalt in vielen Bereichen auch die Handschrift der CDU.“ Zum Beispiel beim Verzicht auf Mehrausgaben und der gewünschten Organisationsuntersuchung der Verwaltungsstrukturen.

Mit Blick auf künftige Haushalte appellieren die Christdemokraten an den Willen zum Sparen. „Wenn wir bei einem Minus von rund 69 Millionen Euro und angesichts prognostizierter Defizite im dreistelligen Millionenbereich nicht endlich anfangen, auf die Bremse zu treten, werden das andere für uns erledigen“, warnt die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-

Baumann vor einer drohenden Haushaltssicherung. Die würde den Handlungsspielraum bei den freiwilligen Leistungen enorm einschränken. „Soweit sollte es nicht kommen. Wir hoffen, dass die finanzpolitische Verantwortung in Oldenburg die Oberhand gewinnt.“

Dreifeldhalle nimmt politische Hürde



Der Ball ist im Spiel. Die Dreifeldhalle wurde vom Rat mit großer Mehrheit beschlossen. Bild: Pixabay

Einsatz und Beharrlichkeit führen zum Erfolg – nicht nur im Sport. Denn auch am Verhandlungstisch hat sich das Engagement der CDU-Fraktion ausgezahlt. Darüber kann sich nun wiederum der Sport in Oldenburg freuen. Mit großer Mehrheit hat der Rat in seiner Februarsitzung den Bau einer Dreifeldhalle auf dem Fliegerhorst beschlossen. Bereits im Sommer 2024 hatte die CDU-Fraktion die Idee eingebracht. Ursprünglich sah die Verwaltung nur den Bau einer Einfeldhalle für die geplante

Grundschule am Fliegerhorst vor. Die kleine Variante hätte für Unterrichtszwecke zwar gereicht, wäre aber dem Bedarf der vielen Vereine im Stadtnorden nicht gerecht geworden. „Eine Dreifeldhalle wertet somit nicht nur das Quartier Fliegerhorst auf, sondern erweitert das Sportangebot im Stadtnorden mit seiner wachsenden Einwohnerzahl“, begründet CDU-Ratsfrau und Sportausschussvorsitzende Petra Averbek den Vorstoß der Fraktion.

Wie es oft mit guten Ideen ist, müssen sie jedoch erst einmal wirken. Während der Vorschlag im Sportausschuss grundsätzlich befürwortet wurde, war die Verwaltung zunächst skeptisch – und ist es in Teilen immer noch. Schließlich stimmte nur der Oberbürgermeister gegen das Projekt.

Nach einer Bedarfsprüfung hatte sich allerdings zuvor auch der Stadtsportbund für die große Lösung ausgesprochen. „Gerade dieser Winter hat gezeigt, wie wichtig ausreichend verfügbare Sporthallen sind“, betont Hans-Georg Heß, sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Der Bedarf ist aktuell vorhanden und wird es im wachsenden Stadtnorden auch in Zukunft sein. Es handelt sich daher um eine Investition mit Weitblick.“

Baumschutzsatzung bleibt – Zweifel daran aber auch

Mit deutlicher Mehrheit haben die Oldenburgerinnen und Oldenburger die Baumschutzsatzung abgelehnt. Allerdings wurde beim Bürgerentscheid am 22. Februar das Quorum von rund 27.000 Stimmen für die Abschaffung verfehlt. Damit bleibt die Satzung in Kraft, verbunden jedoch mit erheblichen Zweifeln. „Auch wenn es nicht ganz gereicht hat, haben gut 22.500 Bürger ein politisches Signal gesetzt. Die Menschen wollen auf ihrem eigenen Grundstück nicht bevormundet werden“, sagt der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak: „Gefragt ist Baumschutz mit Augenmaß und Vertrauen statt mit Vorschriften und Verboten. Dafür wird sich die CDU weiterhin einsetzen.“

Fraktion fordert Sondervermögen für Straßen



Loch an Loch: Die Oldenburger Straßen geben aktuell kein gutes Bild ab. Bild: CDU-Fraktion

Ausgedehnte Risse und tiefe Schlaglöcher: Oldenburgs Straßen gleichen nach den frostigen Winterwochen einer Kraterlandschaft. Die soll in diesem Frühjahr so schnell wie möglich behoben werden, fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag für die Märzsitzen von Verkehrsausschuss und Rat.

Konkret schwebt den Christdemokraten ein „Sondervermögen Straßensanierung“ vor. Das soll aus nicht abgerufenen Haushaltsmitteln gebildet werden und allein der Sanierung der maroden

Strecken zugutekommen. „Es muss jetzt ein Konzept erstellt und unter höchster Priorität nachhaltig saniert werden. Mit einem Flickwerk und provisorischer Ausbesserung kommen wir nicht mehr weiter“, begründet Christoph Baak.

Der Fraktionsvorsitzende verweist auf den wachsenden Unmut der Bürgerinnen und Bürger. Denn die kaputten Straßen erhöhen das Unfall- und Schadensrisiko erheblich. „Die Verwaltung muss das ernst nehmen. Schließlich ist die Stadt Oldenburg für die Verkehrssicherung und den Erhalt der Straßen zuständig“, betont Baak. Zwar seien in den vergangenen Jahren an vielen Stellen provisorische Reparaturen erfolgt, um die akuten Schäden zu beheben. Das reiche aber längst nicht mehr aus.

Um der Sanierung die nötige Priorität zu verschaffen, sollen laut CDU-Fraktion notfalls andere Projekte verschoben werden. Verbesserungsbedarf besteht nach Auffassung von Baak auch in der öffentlichen Kommunikation: „Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wann welche Straße an der Reihe ist. Nur Warnschilder aufzustellen, genügt nicht.“

Bürgersprechstunde im Rathaus am 6. März



Fragen, Ideen, Kritik, Anregungen: Darauf freut sich die CDU-Fraktion in ihrer nächsten Bürgersprechstunde, die am Freitag, 6. März, im Fraktionsbüro (Altes Rathaus) stattfindet. Von 15 bis 17 Uhr stehen die stellvertretende Vorsitzende Petra Averbeck und der sportpolitische Sprecher Hans-Georg Heß Rede und Antwort zu kommunalpolitischen Themen.

Bild: Stadt Oldenburg

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0441-2352686 oder unter cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de